

PFAS: Pauschalverbot ist keine Lösung!

Ob Mobilität, Kreislaufwirtschaft oder CO₂-Einsparungen: Produkte und Verfahren der chemisch-pharmazeutischen Industrie sind unverzichtbar für die Transformation der Wirtschaft. Klar ist aber auch: Die Herstellung und Verwendung von chemischen Stoffen und Produkten ist nie ganz frei von Risiken. Umso wichtiger ist es, diesen angemessen und verhältnismäßig zu begegnen und die bereits bestehende Forschung an Alternativen weiter zu forcieren. Obwohl der Umwelt- und Gesundheitsschutz in Europa schon heute weltweit am höchsten ist, wird weiter und oft unnötig reguliert – mit zum Teil weitreichenden Folgen, die zum Beispiel unsere Abhängigkeit von anderen Ländern weiter erhöhen oder zu Lieferengpässen bei Arzneimitteln führen.

Probleme würden nur verlagert

Was passiert, wenn pauschale Verbote drohen, sehen wir gerade bei der Regulierung einer Stoffgruppe namens PFAS. Mit dem Beschränkungs-vorschlag aus fünf Ländern, der derzeit der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) vorliegt, würde ein Präzedenzfall für ein Verbot geschaffen, das es in diesem Ausmaß noch nicht gegeben hat: Ohne detaillierte Bewertung sollen mehrere tausend Stoffe mit unterschiedlichsten Eigenschaften auf einen Schlag verboten werden. Das bereitet der gesamten deutschen Industrie Sorgen, denn die Auswirkungen wären fatal.

Mit jedem einzelnen dieser dann in der EU verbotenen Stoffe wächst die Gefahr für weitere Abwanderung unserer Industrie in weniger streng regulierte Regionen. Das Ursprungsproblem löst es allerdings nicht. Denn PFAS werden nach wie vor dringend für viele industrielle Anwendungen und für den Bau sicherer und prozessoptimierter Industrieanlagen gebraucht, wofür es Stand heute trotz intensiver Forschung leider noch keinen Ersatz gibt.

Wir nehmen die Sorgen und Bedenken rund um PFAS sehr ernst. Deshalb werben wir für wirkliche Lösungen. Diese dienen nicht nur dem Schutz von Menschen und Umwelt, sondern bringen auch die Transformation der Wirtschaft voran. Aber solche tatsächlich nachhaltigen Lösungen für eine wirksame Transformation wachsen nicht auf Bäumen, sondern werden im Labor entwickelt. Sie brauchen Innovationskraft, Freiraum und hin und wieder auch etwas Zeit. Deshalb sollte die EU-Kommission jetzt keine überstürzten Verbote aussprechen, sondern zunächst eine sorgfältige Bewertung für eine realistische Umsetzung vornehmen.

Denn letztlich geht es doch darum, dass wir die richtigen Grundlagen für nahezu jede Wertschöpfungskette legen. So schaffen wir nicht nur „richtige“ Nachhaltigkeit, sondern bilden mit guten Industriestrukturen weiterhin die Basis für ein möglichst krisenresistentes Europa.

Wolfgang Große Entrup

Hauptgeschäftsführer und Mitglied des VCI-Präsidiums



Wir wollen Herausforderungen meistern statt Probleme verlagern

Wenn es um hohe Sicherheitsstandards für Mensch und Umwelt geht, sind Deutschland und die EU bereits Spitzenreiter. Obwohl Chemikalien nirgends so umfassend reguliert werden wie hier, steht derzeit das Verbot einer ganzen Stoffgruppe im Raum. Mit dem Wegfall von mehreren tausend PFAS könnten viele dringend nötige Anwendungen EU-weit nicht mehr hergestellt werden, da keine adäquaten Alternativen mit ähnlich guten Eigenschaften vorliegen.

PFAS – zwei Seiten einer Medaille

Die Abkürzung PFAS steht für die mehrere tausend Stoffe umfassende Gruppe der per- und polyfluorierten Alkylverbindungen, bei denen an mindestens einem Kohlenstoffatom der Wasserstoff durch Fluor ersetzt wurde. PFAS und ihre Abbauprodukte sind besonders langlebig und widerstandsfähig. Gerade deshalb sind sie für viele Anwendungen des modernen Lebens und für industrielle Zwecke sowie aus sicherheitstechnischen Gründen oft unverzichtbar.

Ihre herausragenden Eigenschaften können jedoch in bestimmten Fällen bei nicht sachgerechter Handhabung oder Entsorgung auch zu Risiken für Mensch und Umwelt führen – ein Problem, das voraussichtlich auch auf entsprechende Alternativen für PFAS zutrifft, wenn diese ähnlich gut beschaffen sein sollen. Die chemisch-pharmazeutische Industrie nimmt die Sorgen und Bedenken zu PFAS ernst und engagiert sich bei der Suche nach guten Lösungen.

Bislang sieht die europäische Chemikalienverordnung vor, Stoffe einzeln nach ihrer Verwendung zu regulieren. Vom nun drohenden Pauschalverbot einer ganzen Stoffgruppe wären sowohl Einzelstoffe als auch Gemische und Erzeugnisse betroffen, die aus PFAS hergestellt werden oder diese enthalten. Für den Großteil dieser Anwendungen sind keine Ausnahmen vorgesehen, sodass sie bereits 1,5 Jahre nach Inkrafttreten verboten wären. Befristete Ausnahmen von 6,5 oder 13,5 Jahren sind nur für wenige, eng begrenzte Verwendungen vorgesehen. Nach Fristablauf wären auch diese verboten.

Die Auswirkungen wären fatal, denn PFAS-Anwendungen haben außer-gewöhnliche Eigenschaften, die bis dato nicht einfach zu ersetzen sind: Sie können extremen Temperatur- und Druckschwankungen standhalten oder weisen eine hohe Beständigkeit gegenüber Säuren und Laugen auf, ohne dass sie ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit einbüßen.

Wichtig ist vor allem ihre sichere Handhabung, damit eventuelle Risiken so gering wie möglich gehalten werden.

Folgen eines Pauschalverbots

Bestimmte PFAS-Anwendungen sind aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften in nahezu allen Produkten des modernen Lebens unverzichtbar. Ein pauschales Verbot hätte drastische Folgen für die Industrieproduktion aller Branchen und damit für Arbeitsplatz- und Planungssicherheit von tausenden Unternehmen.

Besonders dramatisch wären die Auswirkungen auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit, denn ohne PFAS können viele der dafür nötigen Technologien nicht entwickelt werden. Dazu gehören Halbleiter, Lithium-Ionen-Batterien, Brennstoffzellen und Wasserstofftechnologien. Aber auch für den Gesundheitssektor hätte ein Verbot gravierende Folgen, denn erst mit PFAS können Industrieanlagen so gebaut werden, dass wichtige Vormaterialien für den medizinischen Gebrauch hergestellt werden können.

VIELE DRINGEND BENÖTIGTE ANWENDUNGEN WÄREN BETROFFEN



Automobil



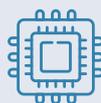
Luft- und Raumfahrt



Energieerzeugung



Erneuerbare Energien



Halbleiterfertigung



Klimatechnik



Medizintechnik



Elektro



Maschinen- und Anlagenbau



PFAS sind Schlüsselkomponenten in vielen modernen Hochtechnologie-Anwendungen wie zum Beispiel Halbleiterproduktion, Energie-, Klima- oder Medizintechnik und Biotechnologie.



PFAS tragen zum sicheren und effizienten Betrieb von Industrieanlagen bei: zum Beispiel als Dichtungen, Ventile, Beschichtungen, Membrane, Schmierstoffe, elektrische Isolatoren und in Sicherheitskleidung.

Der Mittelstand – besonders betroffen von Überregulierung

Kleine und mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie. Dazu gehören rund 1.900 Unternehmen mit 175.000 Angestellten. Gut 90 Prozent der Unternehmen haben weniger als 500 Beschäftigte und/oder sind familiengeführt. Gerade sie leiden besonders unter der zunehmenden Regulierung.



Eine Chip-Herstellung ohne sicheren Einsatz von PFAS ist derzeit definitiv nicht möglich.

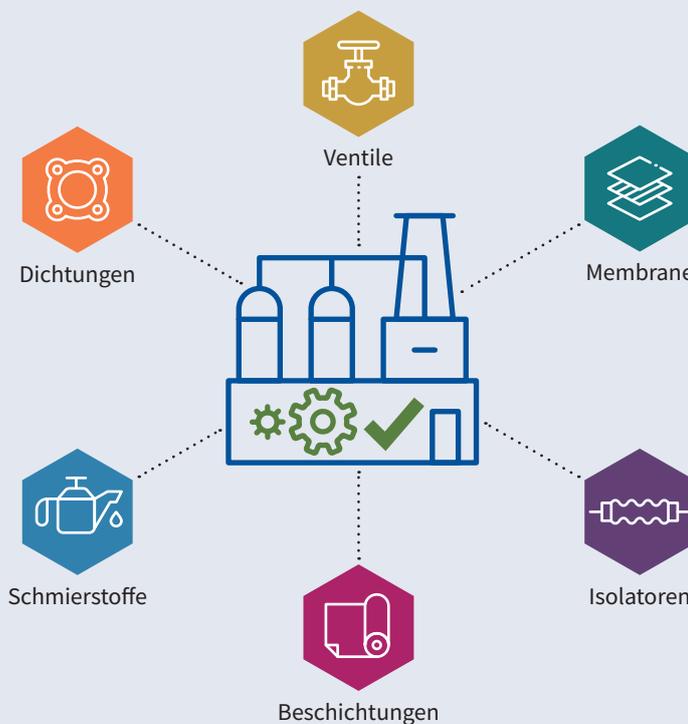
Positionspapier PFAS

08.05.2023

Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI)

GEFAHR FÜR DIE GESAMTE EU-INDUSTRIEPRODUKTION

VIELE TEILE EINER ANLAGE KÖNNEN OHNE PFAS NICHT BETRIEBEN WERDEN.



Quelle: VCI

Unsere Empfehlungen

Der Umgang mit PFAS erfordert einen differenzierten Bewertungs- und Regelungsansatz. Im Fokus sollte die sichere Verwendung entlang des Produktlebenszyklus stehen.

● Pauschales Verbot abwenden

Eventuelle Risiken auf Basis wissenschaftlicher Bewertungen regulieren, statt eine ganze Produktgruppe vom Markt zu nehmen.

● Betroffenheit prüfen

Sicherstellen, dass alle Verwendungen von PFAS bekannt sind, bevor Produktionsabläufe unterbrochen oder wichtige Anwendungen eliminiert werden.

● Realitätscheck durchführen

Durchsetzbarkeit des Beschränkungsvorschlags überprüfen, damit Produktion nicht ins Ausland abwandert oder Produkte unter Verwendung von PFAS dort hergestellt und in die EU importiert werden.

● Ausnahmeregelungen schaffen

Breit angelegte und langfristige Ausnahmen für bestimmte Stoffklassen und Produkte etablieren, zum Beispiel für Fluorpolymere und für professionelle und industrielle Verwendung.

● Übergangsfristen einräumen

Zeit zur Entwicklung von adäquaten Ersatzprodukten und damit nachhaltigen Lösungen einräumen.

● Potenzial der Chemie nutzen

Die hohe Innovationskraft der Chemie fördern statt behindern. Sie ist der Schlüssel für Alternativen und die Transformation der Wirtschaft.

Noch ist Deutschland einer der größten Chemie-Innovationsstandorte. Zuletzt investierte die Branche rund 6 Prozent ihres Umsatzes in Forschung und Entwicklung. Kein anderes Land weist so viele forschende Unternehmen auf wie Deutschland. Aber nur wer deren Forscherdrang fördert – statt ihn durch unnötige Verbote und Überregulierung zu behindern – bleibt wettbewerbsfähig. Das gilt auch mit Blick auf PFAS.

Impressum

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, vci@vci.de, www.vci.de

Redaktionsschluss 14. Juni 2023 **Verantwortlich** Jenni Glaser **Redaktion** Josefin Altrichter **Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE Kommunikation gestalten